

09.09.2026 11:40

VEF veröffentlicht Stellungnahme Freikirchen bekräftigen Verantwortung für Demokratie und Zusammenhalt



Blick auf das Reichstagsgebäude in Berlin. (Bild: simonschmid614 auf Pixabay.com)

Die politischen Mehrheitsverhältnisse können sich verändern – die grundlegende Verantwortung von Christen für das gesellschaftliche Miteinander bleibt. Diesen Gedanken unterstreicht der Vorstand der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) in seiner Stellungnahme „Christliche Verantwortung für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt“.

Im Mittelpunkt der Erklärung stehen die Grundüberzeugungen, die aus Sicht der VEF das gesellschaftliche Handeln von Christen prägen sollen. Dazu zählt insbesondere die unveräußerliche Würde jedes Menschen – unabhängig von Herkunft, Religion, politischer Überzeugung oder sozialem Status.

Auch wendet sich die Stellungnahme gegen Antisemitismus, Rassismus, Menschenfeindlichkeit und politischen Extremismus. Sie widerspricht außerdem pauschalen Abwertungen von Migrantinnen und Migranten und erinnert an die bleibende Verantwortung, die aus der deutschen Geschichte und den Verbrechen des Nationalsozialismus erwächst.

Besondere Bedeutung wird der Sprache in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen beigemessen. Kritik an staatlichem Handeln sowie kontroverse Diskussionen etwa über Migration und Integration müssten möglich bleiben. Eine Grenze sieht die VEF dort, wo Menschen abgewertet oder entmenslicht sowie ihre gleiche Würde und ihre Rechte infrage gestellt werden.

Dabei verbindet die Erklärung klare Positionen mit Gesprächsbereitschaft. Von populistischen Parteien und Positionen, die auf Spaltung zielten, grenze man sich ab. Zugleich hält die VEF fest: „Gegenüber allen Wählerinnen und Wählern muss die Tür für Gespräche offen bleiben.“

Damit formuliert die VEF einen Anspruch, der über einzelne Wahltermine und politische Mehrheiten hinausweist. Freikirchen verstehen gesellschaftliche Verantwortung als Teil ihres christlichen Glaubens. Dazu gehören der Schutz der Menschenwürde und der Religionsfreiheit ebenso wie das Eintreten für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander.

Der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) ist Mitglied der Vereinigung Evangelischer Freikirchen. Die vollständige Stellungnahme steht als PDF auf der VEF-Webseite zur Verfügung: www.vef.de/erklarungen

[Zurück](#)